

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

ARCHIV
Verband der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn
24. MAI 1962

Bonn, den 24. Mai 1962

P/XVII/109

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Sozialpolitik auf dem Kölner Parteitag</u> SPD - Motor der Entwicklung zum sozialen Rechtsstaat	87
3 - 4	<u>Hong Kong in der roten Flut</u> Hintergründe der Massenflucht Von Erwin Erasmus Koch	95
5 - 6	<u>Berlin stärken!</u> Wertvolle Anregungen des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB)	79
6	<u>Verzweifeltes Bemühen</u> Matern will die SPD unterminieren	10
7	<u>Ein Experte in der Landstadt</u> Kleines Beispiel für großes Gespräch	39

Chefredakteur Günter Markscheffel

Sozialpolitik auf dem Kölner Parteitag

Von Konrad Schayer

Schon seit Monaten wartet die Öffentlichkeit vergeblich auf die Beantwortung der Großen Anfrage der SPD zur Sozialpolitik. Nach wie vor sieht sich die Regierung ausserstande, auch nur in groben Umrissen eine sozialpolitische Marschroute abzustecken. Noch immer liegt Blanks sorgfältig verschürtes Sozialpaket unabgeholt auf dem Bonner Regierungsbahnhof. Angesichts der Immobilität der Koalitionsregierung dürfte der Zug auch sobald nicht abfahren. Man hat sich in Bonn wieder einmal gründlich "festgewurschtelt". Die FDP ist schuld, meint die CDU. Bei der FDP ist man umgekehrter Auffassung.

CDU/FDP zwiespältig im Grundsatz

Mit den Worten "Bonn ohne Sozialpolitik" hatte kürzlich Klaus von Bismarck, einer der Verfasser des Memorandums der acht Vertreter der evangelischen Kirche, seine Analyse der antlichen Sozialpolitik der letzten Jahre überschrieben und damit das Ergebnis seiner kritischen Untersuchung zugleich vorweggenommen. Die Sozialpolitik darf sich nicht damit begnügen, meint Klaus von Bismarck bissig und treffend, "im letzten Augenblick auf wahlpolitische Angelhaken fette Regenwürmer aufzustecken."

Opportunismus und Wankelmüt sind aber noch keine hinreichende Erklärung für das planlose Fortwursteln, das die Regierungspolitik der letzten Jahre im sozialpolitischen Bereich kennzeichnet. Dieses Versagen hat noch eine weitere, tiefere Ursache. Die offizielle Sozialpolitik krankt an der Zwiespältigkeit ihrer Haltung zum Sozialstaat. Nicht zufällig war die CDU/CSU in der letzten Legislaturperiode von der auf ihren Parteitagen in Kiel und Hamburg geprägten These ausgegangen, die Grenzen des sozialen Rechtsstaates seien in allem Wesentlichen erreicht. Diese These ist bis zum heutigen Tage nicht widerrufen worden. Die Erfahrung hat aber bewiesen und beweist es jeden Tag aufs neue: Mit Ressentiments gegen die gesellschaftspolitischen Erfordernisse unserer Zeit, mit Ressentiments gegen den Ausbau des sozialen Rechtsstaates, läßt sich Sozialpolitik heute nicht betreiben.

Sozialpolitik im Mittelpunkt

Hat Bonn auch in der Sozialpolitik Fehlanzeige erstattet, so wird auf dem Parteitag der SPD in Köln die Sozialpolitik im Mittelpunkt stehen. Schon ein Blick auf die von den Parteigliederungen eingebrachten Anträge bestätigt dies. Von 61 Anträgen befassen sich nicht weniger als acht mit der Sozialpolitik. Es wird eine ganze Skala von sozialpolitischen Fragen angeschnitten. Dabei geht es um die Aufgaben der Gesundheitspolitik in unserer Zeit und zwar sowohl im Grundsätzlichen wie im Detail; die Anträge befassen sich ferner mit dem Jugendwohlfahrtsrecht und dem Bundessozialhilfegesetz, mit der Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene, der Gewährung eines Bildungsurlaubs und - last not least - mit der breiteren Streuung bei der Vermögensbildung. Bereits auf dem Arbeitnehmerforum, das am Freitagabend, noch vor der offiziellen Eröffnung des

Parteitages, stattfindet, wird die Sozialpolitik zu ihrem Recht kommen. Am Sonntag, dem 27. Mai, wird der schwedische Sozialminister Torsten Nilsson eine Rede über den internationalen Standardfortschrittlicher Sozialordnung halten. Zwei der fünf Arbeitsgemeinschaften, nämlich die Arbeitsgemeinschaften D (Gesundheits- und Sozialpolitik) und E (Erziehung und Jugendpolitik), werden über aktuelle Fragen der Sozialpolitik diskutieren.

Die Notwendigkeit sozialpolitischer Planung ist für die SPD niemals ein Problem gewesen. Ziemlich genau zehn Jahre ist es her, seit der Antrag der SPD, eine unabhängige soziale Studienkommission mit der Ausarbeitung eines Sozialplans auf der Grundlage einer nüchternen Bestandsaufnahme zu betrauen, von der CDU-Mehrheit im Bundestag abgelehnt worden war, unter anderem mit der Begründung, dass man von einem Sozialplan nichts wissen wolle. Mutet es nicht grotesk an, wenn heute der CDU-Minister Blank sein Sozialpaket mit der darin enthaltenen zwanzigprozentigen Selbstbeteiligung an den Kosten der ärztlichen Behandlung ausgerechnet unter der Bezeichnung "Sozialplan" an den Mann zu bringen sucht?

Für Gleichheit der Aufstiegschancen

Auch der soziale Aufstieg der Arbeiter und der Angestellten und die zielstrebige Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates werden von der SPD vorbehaltlos bejaht. Mit der Einbringung ihres Ausbildungsförderungsgesetzes hat die SPD in der vergangenen Woche einen weiteren Schritt von entscheidender Bedeutung zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichheit der Aufstiegschancen gemacht. Unabhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen des Elternhauses wird jedem jungen Menschen eine seiner Neigung und Eignung entsprechende Ausbildung ermöglicht. Die CDU hat dazu verlegen erklärt, dass die SPD mit dieser Initiative "offene Türen" eingerannt habe. Sie vergass allerdings hinzuzufügen, dass diese Türen nun schon mehr als drei Jahre offen stehen. Denn so lange ist es her, seit der Bundestag einstimmig auf Antrag der SPD die Regierung zur Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs aufgefordert hatte.

Die Sozialdemokraten werden es sich nicht nehmen lassen, weiterhin in der Sozialpolitik den Ton anzugeben. Die Sozialpolitik muss mit der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung Schritt halten. Sie muss eine sinnvolle und gerechte Verwendung des Wohlstandes sicherstellen helfen. Gerade die Ausbildungsförderung für junge Menschen ist ein Beispiel produktiver Sozialpolitik. Hier geht es um Investitionen in Menschen, die nicht weniger nutzbringend sind als Investitionen in totem Kapital. Wer die Zukunft gewinnen will, muss diese Sozialpolitik uneingeschränkt bejahen.

Bonn ist ohne Sozialpolitik. In Köln wird sie nicht fehlen.

Hong Kong in der roten Flut

Von Erwin Erasmus Koch

Unser Korrespondent berichtet als Augenzeuge über den Flüchtlingsstrom aus Rotchina in die britische Kronkolonie. Wie Hong Kong wird auch Macao, die portugiesische Enklave im Süden Chinas, durch die ständig wachsende Zahl der "refugees" aus der an Menschenmassen überquellenden Volksrepublik Mao Tse-tungs bedroht. Hunderttausende "Flüchtlinge" unterwandern weiter Indochina, die Staaten Hinterindiens. Die Fünfte Kolonne Mao Tse-tungs ist in voller Bewegung.

Die Redaktion

Dicht hinter dem Kai Tak Air Fort, dem Flughafen Hong Kong auf Kowloon, liegen Ma Tau Kok und To Kwa Wan, zwischen Wolkenkratzern und in ihrem Rücken ungezählte, oft die Berge hinauf und übereinander getürmte Kammerkütten. Schmale, ausgetretene Pfade führen in die Quartiere eines unsagbaren Elends der Ausgestossenen, Entrechteten. Ihre Zahl nimmt seit Monaten von Tag zu Tag zu. Insgesamt, so sagte mir La-may Po Chun, die mit mir in Karachi die Boeing der Deutschen Lufthansa bestieg, eine junge Auslandschinesin, insgesamt seien seit 1950 fast drei Millionen "refugees" über Lo Wu in die britische Kronkolonie eingeschickert. Der Registration Officer von Hong Kong zeigte mir in seinem Büro der Victoria-City verweilt eine Statistik. Wo bislang, in den Jahren zuvor, die Zahl der legalen Einwanderer zwischen dreihundert und fünfhundert täglich schwankte, sind nun doppelt so grosse Zuwachsquoten schwarz auf weiss ausgewiesen. "Die Menge der Nichterfassten hat sich ständig und wahrscheinlich um das Doppelte seit Anfang 1962 erhöht", stöhnte dieser Registration Officer.

Auf der Suche nach Dr. Li

La-may Po Chun (La-may heisst die Blume) sucht ihren Bruder, Dr. Li. Sie will erfahren haben, dass er von Wuhan aus, nach der Vollendung des Baues der grossen Yangtse-Brücke, den Sprung in die Freiheit gewagt habe. Wo aber Dr. Li finden? In Hong Kong, in Macao, in Vientiane, in Singapore? Ich hatte den Eindruck, dass La-may ebenso gut nach einem Tropfen Wasser im Ozean suchen könnte. Wir stiegen zunächst in Ma Tau Kok und dann in To Kwa Wan die graubraunen Berghänge hoch; Fräulein La-may fragte von Hütte zu Hütte vergebens, jedoch unermüdlich, ob irgendjemand von ihrem Bruder gehört habe. Sie zeigte sein Bild, die vergilbte Fotografie eines jungen Mannes mit Brille, gekleidet im Partei-Anzug; blaue Hose, blaue Jacke, auf dem Kopf die flache Proletenmütze à la Mao Tse-tung. Überall Kopfschütteln und im Canton-Dialekt "Ng-hai", "Nein"! Ich betrachtete unterdessen die Flüchtlinge. Fast jeder trug die gleiche, abgeschabte Kommunen-Uniform, Männer und Frauen waren nur schwer zu unterscheiden. Aber ausgehungerte, von Entbehrungen abgezehrte Gesichter sah ich nicht. Das Elend offenbarte sich vielmehr in ihren Behausungen und darin, dass keiner mehr besass als den Anzug, den er auf dem Leibe hatte und eine irdene oder verbeulte Schlüssel aus Aluminium.

Denunzieren heilige Pflicht

Hatten sie alle den Terror der Partei der Güterverteilung wirklich nicht länger ertragen können? Fräulein La-may übersetzte die Schilderungen einzelner. Sie waren der Fron überdrüssig geworden, die sie in ihren

Dörfer-Kommunen leisten mussten, die sämtlich dem Beispiel von Chi-li-ying nachgebildet waren. "Chi-li-ying, nördlich Chengchow in Honan, zwanzigtausend Haushaltungen, sechzehn Garantien!" La-may Po Chun sprach, obwohl nur in Bruchstücken, ohne Satzbildung, doch jedenfalls ein gut verständliches Pidgin-Englisch. Die sechzehn Garantien reglementieren das Leben, jede Stunde des Arbeitstages, den Essensempfang; den "Feierabend", den der Kommissar mit politischer Schulung und dem Predigen von Hass gegen die "imperialistischen Amerikaner" ausfüllt, diese sechzehn Garantien reglementieren das eheliche Leben; sie gewähren die "Freie Wohnung", je ein winziges Zimmer in einer Bauern-Lehmhütte, die einst einem "Grundbesitzer" gehörte. Sie reglementieren die liniertreue Aufzucht der Kinder in einem dafür geeigneten Kommunisten-Kral, die Heranbildung zu "Experten" (Experten für Schneiderei, Experten für Schmieden, für Eisengiessen, für Lstenschleppen), jedermann, das ist garantiert, wird auch in der geringsten Arbeitsverrichtung ein "Experte". Dafür sorgt auch die Schule der Kommune.

Die sechzehn Garantien reglementieren die Altersfürsorge (im "Heim der Alten") und das Sterben; jeder darf wählen, ob er verbrannt oder beerdigt werden will. Warum also sollte noch eine Löhnung ausgezahlt werden? Es hat doch jeder, was er braucht, selbst zwölfmal im Jahr den freien Haarschnitt. Eigentumsbildung bleibt ausgeschlossen. Männer und Frauen überwachen einander in der genauen Befolgung der Partei-Doktrinen. Das Demunzieren ist heilige Pflicht, die Kommunen-Miliz allgegenwärtig, und wiederum sind Männer wie Frauen in Kadres der Miliz zugeteilt. Sie lernen zwar schießen, aber niemand darf eine Waffe besitzen. Nach allem, was ich hörte, soll diese Miliz bereits zehn Millionen ausgebildete "Freiheitskämpfer" umfassen. In jedem Fall vervielfältigt sie die zweieinhalb Millionen Mann starke reguläre "Volksbefreiungsarmee" was deren Kopfzahl angeht.

Unterwanderung Hinterindiens

Wer die Verhältnisse in Rotchina kennt, weiss, dass es keine spontanen Aktionen (und daher auch keine spontane Flucht von Massen) geben kann. Nicht erst seit einigen Wochen, seit Jahren vielmehr geschieht der Flüchtlingsabtrieb gleichfalls reglementiert und gezielt. Sein Ziel ist die Unterwanderung Hinterindiens (nicht so sehr Hong Kongs, denn um Hong Kong lehmzulegen, braucht man in Chum Shun nur die Wasserleitung abzusperrern), sein Ziel war lange Zeit auch die Unterwanderung der Indischen Union, was jedoch aufhörte, als neuerdings den Chinesen keine Niederlassungs-Permission mehr in Indien erteilt wird.

La-may Po Chun war noch einige Wochen mit mir in Bangkok und Singapore zusammen. Endlich stellte sie die Suche nach Dr. Li ein. Immerhin lernte ich die "China-towns" in Indochina und auf Malakka, in der Malaischen Union, eingehend kennen. Singapore und die Malakka-Halbinsel sind bereits mehr von Chinesen als Malaien und Singalesen bevölkert.

Wie hoch ist die Zahl der "Auslandchinesen" überhaupt? Niemand weiss sie genau. Die Schätzungen schwanken; es können zwanzig Millionen und auch fünfzig Millionen sein. Die Fünfte Kolonne Mao Tse-tungs bewegt sich lautlos.

Berlin stärken!

W.R. - Der Sozialdemokratische Hochschulbund in Berlin hat vor einer Woche dem Berliner Senat zwei Vorschläge unterbreitet, die unsere Beachtung verdienen. In der Diskussion um das "Kulturzentrum Berlin" fordert der Studentenverband die Errichtung einer "Akademie für Entwicklungshilfe" und eine "Funk-Universität".

Es ist unbestreitbar, dass effektive Entwicklungshilfe aus menschlichen und politischen Gründen notwendig ist. Wir wissen, dass die verantwortlichen Politiker der westlichen Welt sich darüber im klaren sind, dass die Entwicklungshilfe zu einem entscheidenden Faktor der Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Demokratie werden kann. Und wir wissen auch, dass auch für die Entwicklungsländer eine freiheitliche Lebensform auf lange Sicht die politisch bessere und die menschlichere ist.

Akademie für Entwicklungshilfe

Diese Gedanken haben den Berliner SHB bewegt und er hat deshalb einen speziellen Vorschlag gemacht, den einer Akademie für Entwicklungshilfe in Berlin. Er hält eine solche Akademie nicht nur als Gegengewicht zum Herder-Institut in Leipzig für nötig, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen heraus. Er will endlich eine zentrale Stelle geschaffen haben, in der den Studenten aus Asien, Afrika und Südamerika die Hochschulreife für deutsche Universitäten vermittelt wird, und in der die deutschen Entwicklungshelfer auf ihre Aufgaben vorbereitet werden können. Weil die Studenten aus den Entwicklungsländern den Kommunismus an der Mauer praktisch kennenlernen können, erscheint den SHB Berlin als Sitz einer solchen Akademie besonders geeignet. Darüber hinaus könnten die ausländischen Studenten mit dazu beitragen, dass die Mauer überwunden wird, "denn die Sowjetzone kann kein Interesse daran haben, dass die Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis allzu offensichtlich bleibt". Auch könnte Berlin als geistiger Mittelpunkt für Studenten aus Entwicklungsländern einen gewissen - wenn auch bescheidener - Einfluss auf die Weltmeinung ausüben. Berlin könnte als Hauptstadt eines wiederzuvereinigenden Deutschlands stärker hervortreten.

Erziehung zur Hochschulreife

Konkret soll nach dem Vorschlag des SHB die Akademie aus zwei Abteilungen bestehen. In der ersten Abteilung sollen begabte Studenten aus den Entwicklungsländern die Hochschulreife für eine deutsche Universität erlangen. Sie sollten vor allem in der deutschen Sprache und Kultur und im westlich-rationellen Denken unterrichtet werden. Diese Abteilung müsste so grosszügig angelegt sein, dass die Lehrtätigkeit und die Lernmöglichkeiten ständig erweitert werden könnten, z.B. auf den Gebieten der Verwaltungs- und Organisationstechnik, der Ausbildung von Werkmeistern, Krankenschwestern etc. In diesem mehr technisch-handwerklichen Ausbau der Akademie sieht der SHB die Verbreitung des für die Entwicklungsländer dringend notwendigen Mittelstandes.

Die Aufgabe der zweiten Abteilung wäre es, jungen Deutschen, die aus dem Gebiet der Entwicklungshilfe arbeiten wollen und entweder eine abgeschlossene Hoch- beziehungsweise Fachschulausbildung oder eine handwerkliche beziehungsweise technische Lehre haben, die nötigen

sprachlichen, sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für das Land zu geben, in dem sie tätig werden wollen. Von besonderer Bedeutung erscheint dabei der Gedanke, dass der Akademie ein Wohnheim angeschlossen werden sollte, das paritätisch mit deutschen und ausländischen Studenten besetzt werden müsste. Dieses Zusammenleben im Internat ermöglicht nach der zutreffenden Auffassung des SHB ein gutes, gegenseitiges Kennenlernen der Denk- und Lebensgewohnheiten, wie überhaupt die Verquickung von deutschen und ausländischen Studenten in ihrer Ausbildung mit einem Ziel, wenn auch unter verschiedenen Voraussetzungen.

Willen zur Einheit aufrechterhalten

Der zweite Vorschlag des SHB, die Errichtung einer Funk-Universität in Berlin, entstand u.a. aus der Überlegung heraus, dass heute der Funk - in beschränktem Umfang auch noch das Fernsehen - die einzige Möglichkeit für unsere Landsleute in der Zone ist, etwas über das Leben im freien Teil Deutschlands zu erfahren. Denn wenn der Anspruch des freien Teils Deutschlands auf Wiedervereinigung glaubhaft sein soll, so argumentiert der SHB, dann sind wir alle verpflichtet, den Menschen in Mitteldeutschland, insbesondere aber den geistig einseitig beeinflussten Kommilitonen, die "Universitas" des freien Menschen nahezubringen und damit den Willen zur Einheit wachzuhalten und die geistige Potenz in der Zone zu mobilisieren. Koexistenz bedeutet hier also nicht den Verzicht auf die geistige Offensive und den Verzicht, die Deutschen in der Zone dem Einfluss des Kommunismus zu überlassen. Aus diesen Gründen verlangt der SHB, dass die Funk-Universität nicht zu einem billigen Propagandainstrument entarten darf, sie soll vielmehr wissenschaftlich-objektiv arbeiten, aber die persönliche Meinungsäußerung der jeweils an den Sendungen Beteiligten nicht unterdrücken.

Es ist anzunehmen, dass die konstruktiven Vorschläge des Sozialdemokratischen Hochschulbundes beim Berliner Senat und in der Öffentlichkeit in wesentlichen Teilen Gehör finden werden. Wir können diesen Studentenverband für seine positive Arbeit herzlich beglückwünschen. Zeigt er doch, dass gerade unsere jungen Menschen willens und fähig sind, die brennenden Fragen der Gegenwart anzupacken und auch zu meistern.

+ + +

Vergebliches Bemühen

Matern will die SPD unterminieren

sp - Der stellvertretende "Volkskammerpräsident" und Mitglied des Politbüros der SED Hermann Matern hat Grosses vor. Er will die SPD unterminieren. Dies soll nach seinem Rezept dadurch geschehen, dass sich die aus dieser Partei Ausgeschlossenen wieder um den Eintritt bemühen und dann so etwas wie eine "linke Leitung von unten aus" schaffen. Herr Matern hat hier die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Er unterschätzt die Wachsamkeit einer Partei, die ihren Schild sauber hält. In ihren Reihen gibt es keinen Platz für Gegner der deutschen Demokratie und für die Befürworter einer Politik, die zur Errichtung der Mauer führte. Herr Matern geht Illusionen nach ...

+ + +

Ein Experte in der Landstadt

Bdt. - Sie waren alle gekommen, die Honorationen des kleinen Städtchens unweit von Bonn. Nun saßen sie erwartungsfreudig, aber auch etwas unsicher über die ihnen zuge dachte Rolle in der Wein- stube. Ein Experte hatte sie zu einem Gespräch geladen. Ein Mann, dessen Namen allen geläufig ist, den sie aus dem Fernsehen und vom Rundfunk her kennen und dessen Name immer wieder auftaucht, wenn berichtet wird, daß im Bundestag eine große wirtschaftspolitische Debatte stattgefunden hat oder daß im Straßburger Parlament an der europäischen Zukunft gebastelt wird.

Der große Experte kam und war ein äußerlich gar nicht so großer, rundlicher, freundlicher Mann, der sich erst einmal jeden Besucher vorstellte ließ und beim Händeschütteln mit den ersten paar freund- lichen Worten das Eis brach. Siehe da, er kannte das Städtchen. Er wußte von seiner Geschichte, und davon, wie es um seine Wirtschaft heute bestellt ist. "Wir ersticken ein bißchen in den großen Prob- lemen in Bonn", sagte er, "jetzt bin ich hierher zu Ihnen gekommen, um mich ein bißchen über die sogenannten kleinen Probleme zu orien- tieren. Ich möchte nicht betriebsblind werden!"

Der Apotheker und der Gärtner, der Anwalt und der Arzt, der Arogist und der Textilhändler, der Schmiedemeister und der Plastik- fabrikant aus der kleinen Landstadt, die jetzt eine kleine Industrie- stadt wird, führten ihre Zeigefinger erst in den Kragen und dann in die Ähne. Bald prasselten die Fragen von allen Seiten. Bald blieb es nicht bei den Problemen des Städtchens. Man wollte von dem gros- sen Experten natürlich auch etwas über die großen Probleme hören. Darüber, was denn überhaupt so aus den kleinen und Mittelbetriebern in Deutschland werden soll. Darüber, wie es mit den Löhnen und Frei- sen nun wirklich ist, über den VW-Preis und darüber, was der Bundes- wirtschaftsminister denn eigentlich für ein Mann sei: - "Sie kennen ihn doch sicherlich gut!"

Der große Experte kannte ihn und schilderte ihn mit wohlwollen- der Kritik. Das Lächeln war auf seiner Seite. Siehe da, bei diesem Fachmann brauchte man sich vor allzu ausgiebigem Gebrauch von Fach- terminologie nicht zu fürchten. Einfach und klar bis auf den letz- ter Rest kamen seine Antworten - ein fassbarer volkswirtschaftli- cher Exkurs bei einem Glase Wein. Ein gelungener Abend. Recht zu- frieden gingen alle auseinander, nicht am wenigsten deshalb zu- frieden, weil der Experte auf die Fragen nach der Konjunktorent- wicklung mit gedämpften, aber deutlichen Optimismus geantwortet hat- te.